

## Heftiger Streit unter Starökonomern

Von **Markus Diem Meier**. Aktualisiert am 21.07.2010 **21 Kommentare**

**Die Wirtschaft weiter mit Staatsausgaben stimulieren oder sparen? Diese Frage spaltet die Ökonomenzunft. Folgt die Politik der falschen Seite, hätte das drastische Konsequenzen.**



Der Meister, seine Kritiker und sein Schüler: John Maynard Keynes (oben), Kenneth Rogoff (unten links), Niall Ferguson (unten mitte), Paul Krugman (unten rechts).

Bild: Keystone/Reuters

### Dossiers

#### Angst vor der neuen Rezession



**Sommerrally trotz Heulen und Zähneklappern**

**«Die grosse Frage dreht sich um die USA»**

**Warum in Schweden Wirtschaftskrise ein Fremdwort ist**

### Artikel zum Thema

#### In der Falle

**Topökonomern geben sich öffentlich**

Zur weiteren Konjunktorentwicklung bestehen wieder beträchtliche Unsicherheiten. Sie sind eng verknüpft mit der Frage, was die Wirtschaftspolitik tun soll. Hier sind führende Ökonomen heftig zerstritten. Der Streit ist in den letzten Tagen und Wochen erneut eskaliert. Im Wesentlichen stehen sich zwei Lager gegenüber, die sich gegenseitig für inkompetent halten. Die eine Seite kann etwas unscharf als keynesianisch bezeichnet werden, weil sie sich an den Lehren des 1946 verstorbenen britischen Ökonomen John Maynard Keynes orientiert. Dessen Grundlehre ist, dass Märkte nicht immer zu einem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht mit Vollbeschäftigung finden und dass dann staatliche

Massnahmen nötig werden. Die andere Seite bestreitet dies und glaubt grundsätzlich an ein

**Sind die USA das nächste Griechenland?**

**«Die Ängste sind übertrieben»**

**Ein Hoffnungsschimmer für den Euro**

Gleichgewicht, zu dem Märkte auch nach **Krisen** wieder zurückfinden. Für diese Ökonomen sind staatliche Massnahmen die wahre Gefahr.

#### Stichworte

**Krise**



Bis zum Ausbruch der Finanzkrise hatten die Keynesianer bei den Ökonomen nur noch eine geringe Bedeutung. Im Gegensatz dazu dominierten komplexe Modelle, die belegen sollten, dass die Märkte automatisch zu einem Gleichgewicht ohne konjunkturelle Arbeitslosigkeit

zurückfinden müssten. Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise glaubte aber kaum mehr jemand daran und die Keynesianer erlebten eine Renaissance. Weltweit leiteten Regierungen angesichts des Einbruchs sofort Ankurbelungsprogramme ein, wie es sie in diesem Ausmass noch nie gegeben hat.

#### **«Die Keynesianer haben nichts gelernt»**

Nach dem anfänglichen Erfolg der Keynesianer in den ökonomischen Auseinandersetzungen haben sich ihre Gegner wieder machtvoll zurückgemeldet. Zeugnis davon ist eine Debatte, die das britische Wirtschaftsblatt «Financial Times» lanciert hat. Dort titelte der auch als Buchautor berühmte Harvard-Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson seinen Beitrag mit der provozierenden Aussage: «Die heutigen Keynesianer haben nichts gelernt». Es sei deprimierend («depressing») dass diese Ökonomen die Entwicklung der Wissenschaft seit den 70er- und 80er-Jahren verpasst hätten.

Von der anderen Seite tönt das genau umgekehrt: «Ökonomen, die ihre ganze Karriere mit Gleichgewichts-Konjunkturtheorien verbracht haben, entdecken jetzt, dass sie all ihre Ersparnisse beim Betrüger Bernie Madoff investiert haben», schrieb maliziös Nobelpreisträger Paul Krugman auf seinem Blog. Wie Ferguson hält auch er den Zustand der Wirtschaftswissenschaften für bedenklich. Allerdings meint er damit die Fehlentwicklung, die seiner Ansicht nach mit den Gleichgewichtsmodellen eingesetzt habe. Krugman ist neben Joseph Stiglitz – ebenfalls Nobelpreisträger – der bekannteste Keynesianer. Die Nobelpreise besagen allerdings nicht viel, denn auch die Gegenspieler ihrer Theorie haben für ihre Modelle einige davon eingeheimst.

#### **Die wenigen Gemeinsamkeiten**

Genau betrachtet gibt es selbst zwischen diesen mittlerweile stark verfeindeten Lagern in wichtigen Punkten einen Konsens: Die Konjunkturpolitik sollte in der Regel den Notenbanken über die Geldversorgung überlassen bleiben, überbordende Staatsschulden sind auf die Dauer schädlich, und ein langfristiges Wachstum lässt sich weder mit Geldpolitik noch mit staatlichen Ankurbelungsmassnahmen steigern.

Die Analyse der Keynesianer fusst vor allem auf der Ansicht, dass die Wirtschaft in den USA und in Europa in einer so genannten «Liquiditätsfalle» stecke (siehe Artikel zum Thema, **«In der Falle»**). In dieser Situation bleibt die Geldpolitik der Notenbanken wirkungslos. Die Leitzinsen sind bereits nahe bei Null, die Inflation sinkt, und es droht eine Deflation. Unternehmen wie Konsumenten lassen dann das Geld lieber auf der hohen Kante liegen, statt es auszugeben. In dieser Lage können

nur staatliche Investitionen die Nachfragerlücke wieder schliessen, die durch die Zurückhaltung von Konsumenten und Unternehmen entsteht, nur so lässt sich die Arbeitslosigkeit abbauen.

### **Das Rätsel der tiefen Langfristzinsen**

Wenn die Regierungen jetzt zu früh mit Sparen beginnen, würde sich die Schuld kaum abbauen lassen, da auch die Wirtschaft wieder in die Rezession zurückfielen. Erst wenn der Wirtschaftsmotor wieder normal brummt, sei Sparen angesagt. Das stärkste Argument der Keynesianer ist das Zinsniveau. Dass auch die langfristigen Zinsen in den grossen Wirtschaftsräumen tief bleiben, ist für sie Beleg genug, dass sich die Märkte nicht vor einem drohenden Staatsbankrott oder einer aus dem Ruder laufenden Inflation fürchten.

Die Gegner der Keynesianer lassen das nicht gelten. Sie unterstellen in ihren Modellen sowohl Konsumenten, wie auch Unternehmen, dass sie schon jetzt Geld auf die Seite legen, weil sie die höheren Staatsschulden später mit Steuern berappen müssen. Daher bezweifeln sie, dass staatliche Investitionen die Gesamtnachfrage deutlich erhöhen. Generell würden Stimulierungsmassnahmen wegen der damit verbundenen Schuldenlast das labile Vertrauen in die Wirtschaftspolitik weiter unterminieren. Das Problem dieser Argumentationsweise sind die Langfristzinsen, die bei solchen Unsicherheiten hoch sein müssten.

### **Die Kosten explodierender Schulden**

Tatsächlich befinden sie sich aber auf historischen Tiefstständen. «Die Zinsen entwickeln sich nicht gleichmässig mit der Verschuldung, die Lage kann sich sehr plötzlich verschlechtern, wenn ein Land es damit übertreibt», schreibt Kenneth Rogoff in der Debatte der «Financial Times». Rogoff hat dieses Jahr gemeinsam mit der Ökonomin Carmen Reinhart ein viel beachtetes Buch («This Time is Different») über Finanzkrisen der letzten 800 Jahre veröffentlicht. Die wichtigste Schlussfolgerung: Eine Staatsverschuldung von über 90 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt führt zu einer deutlichen Einbusse des langfristigen Wirtschaftswachstums. Kein Wunder, sieht er hier die grösste Gefahr.

Die Politiker der grossen Wirtschaftsmächte sind sich nicht einig, welcher der beiden Schulen sie folgen sollen. Daher tun sie etwas von Beidem. Sie reduzieren zwar die Staatsausgaben, aber zu wenig, um die steigende Staatsverschuldung einzudämmen, doch zu viel, um der Wirtschaft deutlich Schub zu verleihen. Dafür werden sie gleich von den Ökonomen beider Lager kritisiert. Denn es ist alles andere als sicher, dass sich in diesem Fall der Kompromiss auszahlt – beide Lager können nicht Recht haben. (bazonline.ch/Newsnetz)

Erstellt: 21.07.2010, 12:55 Uhr